



Funksignal aus der Tonne

Mit moderner Technik will Berlin sein Müllproblem angehen. Seite 11

Foto: Photocase/bsv24

Länderkampf beim »nd«

Norwegen, Gastgeber der Schacholympiade, spielt ab Mittwoch in Berlin auf. Seite 19

Verleihung der Oscars

Der Brite Steve McQueen gewinnt mit »12 Years a Slave« als erster schwarzer Regisseur den Oscar für den »Besten Film«. Seite 15



Foto: dpa/Tannen Maury

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 4. März 2014

69. Jahrgang/Nr. 53

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT Maßstäbe

Tom Strohschneider über
Russland und die Krim-Krise

Es heißt nun überall, es seien die Russen, die einen Krieg entfachten. Das wollen die Russen gewiss nicht. Wer aber wie die Regierung in Moskau erklärt, seine Streitkräfte gegebenenfalls »zur Normalisierung« der Lage in einem anderen, souveränen Land einzusetzen, muss sich fragen lassen, ob er alles unternimmt, damit ein Krieg ausbleibt.

Sicher: Die Lage ist komplizierter, als es viele der drohenden gen Kreml gerichteten Rufe weismachen wollen. Wer von denen, die jetzt Putin an das Völkerrecht erinnern, hat dieses auch bei anderen »Hilfseinsätzen« ernsthaft hochgehalten? Wer von denen, die jetzt Russland vor einer Eskalation auf der Krim und damit in der Ukraine warnen, hat gesehen, dass es die EU war, die mit ihrer teils planlosen, teils interessengeleiteten Unterstützung des von Gewalt getragenen Umsturzes in Kiew viel zur Krim-Krise beisteuerte? Und ja, auch das stimmt: Es gibt eine verbreitete Russlandfeindseligkeit, es gibt einen geschichtsvergessenen Umgang mit Moskau, und Russland ist vom Westen in der Vergangenheit mehr als einmal gedemütigt worden. Doch kann das als Argument für ein Vorgehen taugen, das Maßstäbe wie den Vorrang friedlicher Konfliktlösung, die Ablehnung militärischer Gewalt, die Geltung des Völkerrechts usw. untergräbt?

So richtig die Kritik am Westen in der Ukraine-Frage bleibt, so falsch wäre es, schon deshalb das Moskauer Vorgehen für unterstützenswert zu halten. Meint da wer, die Russen wollten einen Krieg? Die Russen gewiss nicht. Doch ihre Regierung trägt mit dazu bei, dass einer in der Luft liegt.

Vorhang auf für Parteispenden

Deutlich mehr als die Hälfte der Firmenspenden an Union & Co. bleibt anonym

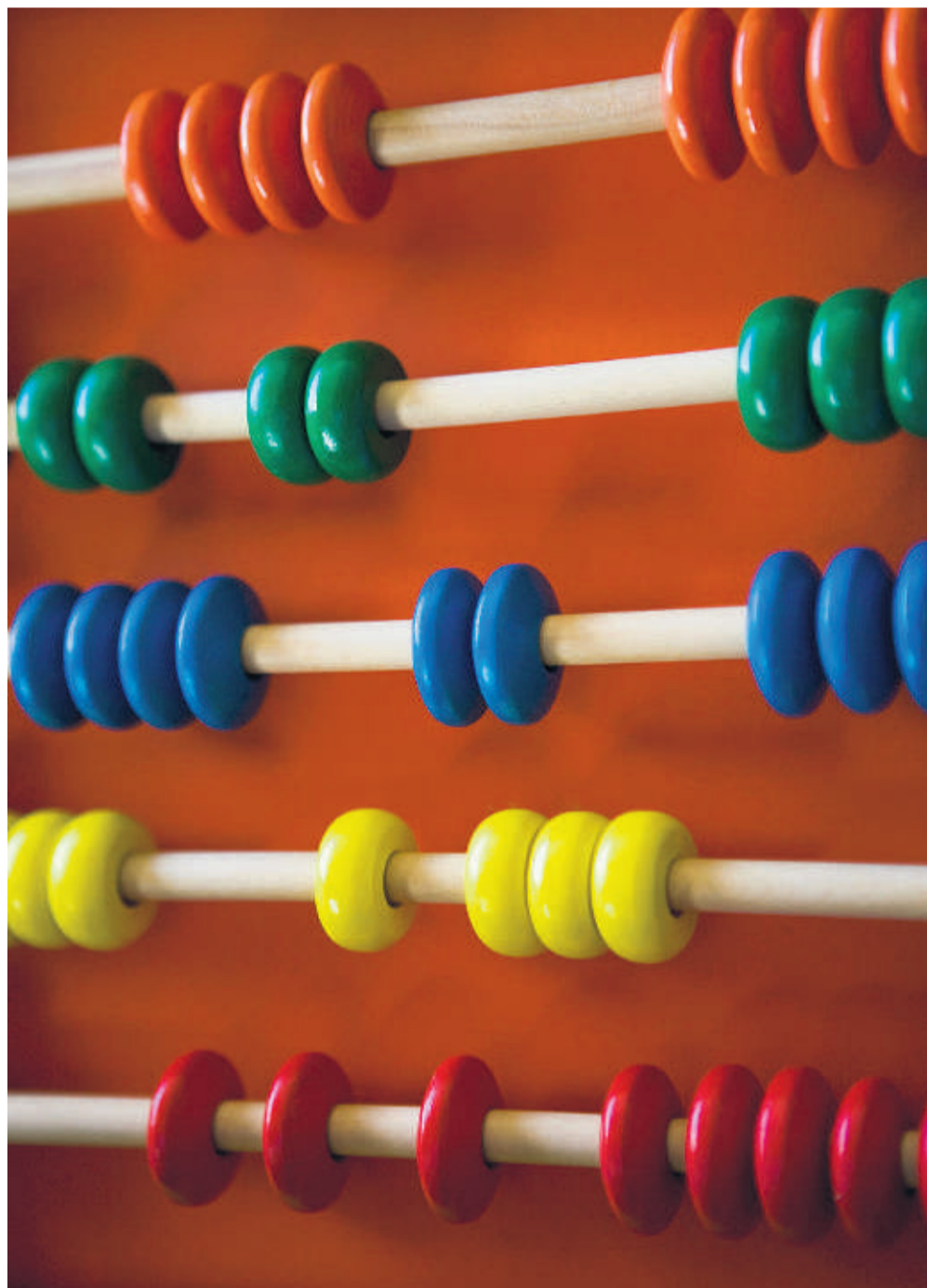


Foto: dpa/Eric Hernandez

Berlin. Es war am Montag eine unscheinbare Meldung: Der Wirtschaftsrat der CDU hat sich einen neuen Pressesprecher gesucht. Der Neue sei »ausgewiesener Experte für die Belange der mittelständischen Wirtschaft und der Familienunternehmen« und soll deren Interessen »noch nachhaltiger und schlagkräftiger« vermitteln. Beim CDU-Wirtschaftsrat handelt es sich um einen CDU-nahen Lobbyverband mit rund 11 000 Mitgliedern vornehmlich aus oberen Unternehmensetagen, nicht um eine Abteilung oder Arbeitsgemeinschaft der Partei. Über sich selbst sagt der 1993 u. a. vom Fabrikanten Alphons Horten gegründete Verein auf seiner Webseite, er vertrete die »Interessen der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit«.

Zur Bekräftigung ihrer Interessen streuen nicht wenige Unternehmer und Unternehmen üppige Spenden in die Parteienlandschaft, privat oder über ihre Firmen. Adressat ist allen voran die CDU/CSU, an zweiter Stelle – noch vor der SPD – die letztes Jahr aus dem Bundestag gepurzelte FDP. Nicht alle diese Spenden werden öffentlich und zeitnah transparent gemacht, wie es etwa die gemeinnützige Initiative LobbyControl seit langem fordert.

»neues deutschland« hat jetzt die Finanzquellen und vor allem die Spendeneinkünfte aller im Bundestag vertretenen Parteien seit dem »Einheitsjahr« 1990 untersucht. Die Analyse gibt erstmals über diesen gesamten Zeitraum Auskunft darüber, in welchem Umfang und mit welcher genauen Verteilung Wirtschaftsunternehmen, Verbände und sehr wohlhabende Privatpersonen Parteien mit finanziellen Ermunterungen zu einer Politik in ihren Interessen ködern.

Der in dieser Ausgabe abgedruckte erste Teil der Untersuchung betrachtet die Einnahmestruktur der Parteien insgesamt. Zwei Ergebnisse daraus: Seit 1990 wurden die Parteien mit bis zu fünf Milliarden Euro Steuergeldern subventioniert. Und deutlich mehr als die Hälfte aller Firmenspenden bleiben anonym.

In einer weiteren Folge in den nächsten Tagen werden die Hauptspender genauer unter die Lupe genommen. jrs

Seiten 2 und 3

UNTEN LINKS

Es ist schon wieder passiert! In einer Nacht- und Nebelaktion wurden in Los Angeles die Oscars verliehen. Obwohl noch nie einer zurückgegeben wurde, ist jeder Oscar nur eine Verleihgabe. Mit der Gabe zur Erinnerung. Sobald ein Oscar seinen neuen Standort in einer Vitrine oder auf dem Marmorboard einer Künstlervilla erhalten hat, fängt er sofort an, suggestiv an einen Film zu erinnern. Der Betrachter beginnt beim Anblick der Figur unwillkürlich eine Filmmusik zu summen oder sieht einen Reiter in den Sonnenuntergang galoppieren. Eine ganze Armee von Oscars erzeugt inzwischen die von einer Filmindustrie ausgewählten Bilder. Dabei gibt es angeblich immer wieder Oscars, die nach fehlerhafter oder manipulierter Bewertung verliehen werden. Eine Oscar-Pannenstatistik würde völlig neue filmische Erinnerungen beschwören. Das galoppierende Pferd verwandelt sich plötzlich in ein Sportcoupé, das in den Sonnenuntergang fährt. Und die Oscar-Jury in den ADAC. uka

Dialog, Drohung und kein Ultimatum

Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates und EU-Gipfel zur ukrainisch-russischen Krise einberufen

Die Krise um die Krim bewegt sich international zwischen Drohungen und Diplomatie. In Moskau fallen die Kurse und in der Ukraine werden Regionalverwaltungen besetzt.

Von Klaus Joachim Herrmann

Ukrainische Soldaten und pro-russische Bewaffnete unterhalten sich über eine Kasernenmauer hinweg und werden fotografiert – die ukrainische Halbinsel Krim am Montag war bis zum Abend ein vergleichsweise ruhiger Ort. Doch am Abend meldeten Agenturen ein Ultimatum. Russland habe von den auf der Krim stationierten ukrainischen Einheiten gefordert, bis 3 Uhr morgens die Regierung auf der Krim anzuerkennen, die Waffen niederzulegen und abzuziehen. Moskau dementierte: »Blödsinn!«

Für Montagabend hatte der UN-Sicherheitsrat eine weitere Sondersitzung zur Krise einberufen. Die EU-Außenminister diskutierten in Brüssel den Entwurf einer Erklärung. Die sollte die russische Militäraktion verurteilen und zugleich Hoffnung auf eine politische Lösung des Konflikts ausdrücken. Sanktionen gegen Moskau blieben im Gespräch,

ebenso die Aussetzung von Verhandlungen über Reiseerleichterung und ein neues Kooperationsabkommen. Am Donnerstag soll es laut Angaben von Diplomaten einen EU-Sondergipfel zu diesem Thema geben.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama warfen Russland nach einem Telefonat am späten Sonntagabend vor, gegen das Völkerrecht zu verstoßen. Obamas Außenminister John Kerry wollte zur Unterstützung der Ukraine nach Kiew reisen. Die sieben führenden westlichen Industrieländer (G7) boten der Ukraine »starken finanziellen Rückhalt« an, ohne dass Zahlen genannt wurden.

Nach Angaben der Bundesregierung stellte der Westen Hilfe zur Begleichung von Schulden beim russischen Energiekonzern Gazprom noch für diesen Monat in Aussicht. Der russische Konzern Gazprom fordert die Begleichung von Rechnungen in Höhe von 1,5 Milliarden US-Dollar.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) sieht den Kontinent in einer tiefen Krise: »25 Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation ist die Gefahr einer erneuten Spaltung Europas real.« Er schlug eine »Fact Finding Mis-

sion« der OSZE in der Ostukraine und auf der Krim vor. Zudem plädierte der Chef des Auswärtigen Amtes für eine internationale Kontaktgruppe, die Russland und die Ukraine zum Dialog bewegen könnte. Auch der französische Außenminister Laurent Fabius betonte, neben der scharfen Verurteilung Russlands gebe es »die Notwendigkeit einer Vermittlung«.

Gehe Russland den bisherigen Weg weiter, müsse es »dafür be-

»Die Gefahr einer neuen Spaltung Europas ist real.«

Frank-Walter Steinmeier, Bundesaußenminister

zahlen«, drohte der britische Europaminister David Lidington. Für den schwedischen Außenminister Carl Bildt gibt es eine politische Lösung des Konflikts nur »auf der Grundlage eines Rückzugs der russischen Truppen und der Rücknahme der Invasionsdrohung gegen die Ukraine«.

Bei der Eröffnung der Frühjahrssitzung des UN-Menschen-

rechtsrates in Genf hielt Russlands Außenminister Sergej Lawrow dagegen. Moskau verteidigte seine Bürger und Landsleute, sichere ihre Menschenrechte. Der neuen Führung in Kiew warf er Vertragsbruch und gewaltsame Machtergreifung vor. Die Angst vor einer Eskalation trieb derweil international den Ölpreis in die Höhe, ließ den Rubel abrutschen und die Aktien an den russischen Börsen ins Minus fallen.

Die Formierung einer Verhandlungsdelegation steht auf der Tagesordnung des ukrainischen Parlaments am heutigen Dienstag. Mitglieder der Obersten Rada in Kiew sollen mit ihren Moskauer Kollegen der Staatsduma Kontakt aufnehmen, berichtete das ukrainische Webportal cegodnya.ua.

Der Vorsitzende der rechtsnationalistischen Partei »Swoboda«, Oleg Tjagnibok, kündigte vor Journalisten an, dass das heftig umstrittene Sprachengesetz überarbeitet werden solle. Die Abschaffung des Rechtes von Russen auf »ihre« Amtssprache hatte vor allem im Osten und Süden der Ukraine sowie auf der Krim wütende Proteste gegen die neue Führung in Kiew ausgelöst. Mit Agenturen Seite 5

Verstärkte Flucht in Gottes Obhut

Seit Jahresanfang steigt die Zahl der Kirchenasyle in Deutschland rasant

Berlin. In der kurzen Zeit seit Jahresbeginn ist die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland in Kirchenasyl Zuflucht suchen, deutlich angestiegen. Noch Anfang des Jahres sei lediglich an 34 Orten 62 Menschen Zuflucht geboten worden, inzwischen seien es 57 Orte mit 108 Personen. Das teilte die Bundesarbeitsgemeinschaft »Asyl in der Kirche« am Dienstag mit.

Demnach sind 35 der in Kirchen untergekommenen Personen Kinder, bei 46 Personen handle es sich um »Dublin-Fälle«. Nach dem 2003 in Dublin geschlossenen Abkommen zur europäischen Asylpolitik können Flüchtlinge ohne weitere Prüfung in das Land abgeschoben werden, in dem sie zuerst den Boden der EU betreten haben. Deutschland ist heute von solchen »sicheren Drittstaaten« umgeben.

Mit dem »Dublin II«-Abkommen war seinerzeit zwar auch das Ansinnen einer Harmonisierung der Asylverfahren und Asylkriterien in der EU verbunden gewesen. »Dies ist allerdings bis zum heutigen Tage nicht eingetreten, wie erschreckende Berichte aus Italien, Malta, Ungarn oder Griechenland belegen«, heißt es bei der Bundesarbeitsgemeinschaft. Gerade die genannten sind indes die Staaten, in denen viele der Flüchtlinge etwa aus dem Süden Europa erreichen. Deswegen halte man auch weiter daran fest, Flüchtlinge, die einmal Deutschland erreicht haben, nach Kräften vor der Abschiebung »in dysfunktionale Asylsysteme, Armut und Obdachlosigkeit zu schützen«.

Oft geht es beim Kirchenasyl darum, die im Dublin-Abkommen zementierte Sechsmonats-Frist zu umgehen. Nach den Bestimmungen des Vertrages hat ein Staat, der einen »Drittstaat« um die Rücknahme von Flüchtlingen ersucht, nur sechs Monate Zeit zur Abschiebung in denselben. Erfolgt die Abschiebung nicht während dieses halben Jahres, sind statt der »Drittstaaten« die abschiebewilligen Staaten – oft Deutschland – für die Prüfung der Fluchtgründe zuständig. Die Behörden können diese Frist bei »flüchtigen« Flüchtlingen aber auf bis zu 18 Monate verlängern. vs Kommentar Seite 4

KURZ

Vor Vertuschung gewarnt

Berlin. Kurz vor dem 3. Jahrestag der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima warnt die internationale Ärzteorganisation IPPNW vor der Vertuschung gesundheitlicher Folgen. Die japanische Regierung unterbinde die Untersuchung möglicher strahlenbedingter Erkrankungen. epd/nd Seite 7

Bewaffnete stürmten Parlament

Tripolis. Dutzende bewaffnete junge Männer haben am Sonntagabend das libysche Parlament gestürmt. Zwei Abgeordnete wurden angeschossen, während die Angreifer den Sitzungssaal verwüsteten. Die Abgeordneten kamen am Montag in einem Hotel in der Hauptstadt Tripolis zusammen. dpa/nd

Blutiges Wochenende in Nigeria

Abuja. Bei Anschlägen von Islamisten in Nigeria sind am vorigen Wochenende über 110 Menschen ums Leben gekommen. Die folgenschwersten Angriffe hatten sich am Samstag in der Stadt Maiduguri ereignet, als in kurzer Folge zwei Autobomben explodierten und 52 Menschen in den Tod rissen. dpa/nd

Nordkorea testete Raketen

Seoul. Zum zweiten Mal binnen weniger Tage hat Nordkorea am Montag Kurzstreckenraketen in Richtung Japanisches Meer (Ostmeer) abgefeuert, wie das Verteidigungsministerium in Seoul mitteilte. Die Raketen hätten vermutlich eine Reichweite von 500 Kilometern oder mehr gehabt. dpa/nd

ISSN 0323-3375

